

A n t w o r t

des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marion Schneid (CDU)
– Drucksache 17/6605 –

Landesweites Semesterticket

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/6605** – vom 22. Juni 2018 hat folgenden Wortlaut:

Seit einigen Monaten laufen die Gespräche zur eventuellen Umsetzung und Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende in Rheinland-Pfalz.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Studierendenvertretungen und Verkehrsverbünde führen die Gespräche?
2. Welche Ministerien sind in welcher Weise involviert?
3. Welche Ergebnisse konnten bereits erzielt werden?
4. Bis wann ist mit einer Festlegung auf ein landesweites Semesterticket zu rechnen?
5. Welche Kosten werden auf den einzelnen Studierenden pro Semester zukommen?
6. Wird das landesweite Semesterticket verbindlich für alle Studierenden sein?
7. Sollen auch Strecken zu benachbarten Hochschulen in anderen Bundesländern berücksichtigt werden?

Das **Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Juli 2018 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Zu den Gesprächen wurden die LandesASTenKonferenz der rheinland-pfälzischen Hochschulen sowie alle rheinland-pfälzischen Verkehrsverbünde eingeladen.

Zu den Fragen 2 und 3:

Die Staatssekretäre des Wirtschaftsministeriums und des Wissenschaftsministeriums haben am 24. November 2017 Vertreterinnen und Vertreter der LandesASTenKonferenz, der Verkehrsverbünde und der Studierendenwerke zu einem runden Tisch ins Wissenschaftsministerium eingeladen, um über die Möglichkeiten eines landesweiten Semestertickets zu beraten. Der Landesregierung kam bei diesem Gespräch und kommt auch in Zukunft eine moderierende Rolle zu.

Die LandesASTenKonferenz hat für dieses Gespräch ein Positionspapier mit Forderungen formuliert, über die beraten wurde. Der runde Tisch kam zu folgendem Ergebnis: Die LandesASTenKonferenz wünscht sich ein landesweites Semesterticket, das solidarisch finanziert wird. Die vorhandenen örtlichen Semestertickets sollen fortbestehen und die landesweite Geltung soll ein „Add-on“ darstellen. Die Finanzierung des landesweiten Semestertickets soll durch alle Studierenden der partizipierenden Hochschulen mit Gültigkeit im gesamten ÖPNV in Rheinland-Pfalz erfolgen.

Zu den Fragen 4 bis 7:

Hierzu müssen die in weiteren Gesprächen erzielten Ergebnisse abgewartet werden.

In Vertretung:
Prof. Dr. Salvatore Barbaro
Staatssekretär